

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

30.11.1927 (No. 279)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Preisproben:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Bezieherungen tarifierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Anstalts-, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatshefte, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Genfer Abrüstungskonferenz

Heute Mittwoch begann in Genf die vierte Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses, auf der als Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes außer den Vereinigten Staaten, erstmalig auch Sowjetrußland vertreten ist. Es hat den Anschein, daß der ganze Kampf in der letzten Völkerbundsversammlung um eine möglichst große Beschleunigung der technischen Vorarbeiten für eine erste Abrüstungskonferenz und die Zurückstellung des von Frankreich in den Vordergrund gerückten Sicherheitsproblems im Schoße des Abrüstungsausschusses noch einmal ausgefochten werden muß.

Das von der Völkerbundsversammlung im September gefundene Kompromiß stellte damals beide Fragenteile nebeneinander. Frankreich scheint nun einen neuen Vorstoß unternehmen zu wollen, um die technischen Vorarbeiten zu verzögern. Auch von anderen Seiten will man anscheinend eine allzu schnelle Einberufung des Abrüstungsausschusses verhindern, wobei man besonders daran erinnert, daß eine Reihe von Gegenfragen aus der ersten Lesung — so insbesondere der französisch-englische Konflikt über die Beschränkung der Gesamttonnage oder der Tonnage nach Schiffskategorien — noch nicht beigelegt sind. In Wirklichkeit wird mit dem Hinweis auf die bestehenden Gegensätze der französischen Auffassung Vorwärts geleistet, daß ohne vorherige Regelung der Sicherheitsfrage die eigentliche Abrüstungsfrage nicht vorwärts gebracht werden könne. Demgegenüber wird die deutsche Delegation an ihrer durch die letzte Völkerbundsversammlung ausdrücklich sanktionierten Auffassung festhalten, wonach die technischen Vorarbeiten mit neuem Eifer aufgenommen und tatkräftig, unter vollständiger Trennung von der Sicherheitsfrage, durchgeführt werden sollen, um dem Völkerbundsrat die Möglichkeit zur baldigen Einberufung der ersten internationalen Abrüstungskonferenz zu geben. Manche Anzeichen sprechen für eine Kompromißlösung im Sinne einer gleichzeitigen Einberufung beider Ausschüsse für nächstes Frühjahr, so daß die grundsätzliche Entscheidung über die von Deutschland geforderte Zurückstellung der Sicherheitsfrage und baldige Einberufung der Abrüstungskonferenz erst später fallen würde.

Genf, 30. Nov. (Tel.) Die vierte Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses wurde heute vormittag kurz nach 11 Uhr von dem Präsidenten London, dem holländischen Gesandten in Paris, eröffnet. Mit Rücksicht auf die Delegation Sowjetrußlands, das erstmals an diesen Beratungen teilnimmt, wurden von der Genfer Polizei umfangreiche Maßnahmen getroffen. Von den 26 eingeladenen Staaten sind, wie bereits auf der letzten Tagung, Brasilien, Spanien und Uruguay nicht vertreten. Die 23 anwesenden Staaten umfassen 14 Mitgliedsstaaten und noch Argentinien, Belgien, Bulgarien, Griechenland, Schweden, die Tschechoslowakei und Jugoslawien, und als Nichtmitglieder des Völkerbundes die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland.

Englische Obstruktionspläne

M. Berlin, 30. Nov. (Priv.-Tel.) Nach Mitteilung der „B.“ von Genf Stelle beachtlichst England nach Möglichkeit, jede Rede Litwinows oder seiner Begleiter von vornherein unmöglich zu machen, indem man versucht, lediglich die Frage der Einsetzung eines Sicherungsausschusses zur Besprechung zu bringen. Die russische Delegation, die von dieser Absicht Kenntnis bekommen hat, erklärte, sie würde mit den allerhöchsten Mitteln auf solche Versuche reagieren, ihre Redefreiheit zu beschützen. Das Blatt merkt ferner aus Genf, daß die Russen entschlossen seien, wenn man sie tatsächlich am Reden hindern würde, sofort abzureufen.

10 Millionen Hindenburgspende

M. Berlin, 30. Nov. (Priv.-Tel.) Die Hindenburgspende hat etwas über 7 Millionen erbracht; dazu kommt der Erlös der Hindenburgmarken, die bis Ende Januar bestrichen werden, und ungefähr 2 1/2 Millionen einbringen dürften. Mit Sachzuwendungen und Freistellen beziffert das Komitee die Gesamtsumme auf 10 Millionen. Hindenburg hat nunmehr das endgültige Komitee zur Verteilung ernannt und ist an seine Spitze getreten. Ehrenamtlicher Geschäftsführer wurde Minister a. D. Dr. Karstedt. Unter den Persönlichkeiten, die weiter dem Komitee angehören, seien genannt: Brauns, Loebe, Duisburg und Stegerwald. Es ist geplant, die Gesamtsumme in 10 Jahren zur Verteilung zu bringen, so daß der Reichspräsident, dem jetzt 7000 Reichsmark zu Unterstützungszwecken zur Verfügung stehen, nun 1 Million zur Verfügung hat.

Posthaster v. Hösch bei Briand. Der deutsche Posthaster in Paris, v. Hösch, hatte Dienstag nachmittag eine Unterredung mit Außenminister Briand. Sie diente dem Meinungsaustausch über verschiedene Fragen, die auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates in Genf zur Erörterung kommen dürften.

Preussen und der Reichsinnenminister

Der Reichsinnenminister von Keudell hatte an die deutsche Studentenschaft anlässlich der Kundgebung im Zirkus Busch am Sonntag in Berlin folgendes Telegramm gerichtet: „Im Geiste unter Ihnen, in inniger Verbundenheit bekenne ich mich hiermit zu Ihnen. Mit herzlichem Gruß. Der Reichsinnenminister v. Keudell.“ Der preussische Kultusminister von Geßler führt bekanntlich einen Kampf gegen die deutsche Studentenschaft mit ihrem völkischen Einschlag. Er erließ eine Verordnung über das Studierendrecht mit einmütiger Zustimmung des gesamten preussischen Kabinetts, gegen die in der Versammlung im Zirkus Busch Stellung genommen wurde. Das preussische Kabinett hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, an den Reichsinnenminister einen entsprechenden Brief zu richten, in dem die preussische Regierung sich gegen das Vorgehen des Reichsinnenministers vertahrt.

Brand an den Reichskanzler

M. Berlin, 30. Nov. (Priv.-Tel.) Die Beschwörung des Herrn v. Keudell wegen seines Eingetretens in den Studentenstreik ist heute mittag dem Reichskanzler übergeben worden. Abgesehen von der ungewöhnlichen Schärfe des Schriftstils wird besonders die Veröffentlichung durch die Staatsregierung, ehe die Reichsregierung Stellung nehmen konnte, als Zeichen für die Schärfe des Konflikts betrachtet. Der Inhalt des Briefes lautet: „Da sich eine derartige Einstellung des Herrn Reichsministers Dr. v. Keudell mit ausgesprochener Spitze gegen die preussische Regierung auch schon bei anderen Gelegenheiten bemerkbar gemacht hat, so darf ich Sie, Herr Reichskanzler, ergebenst bitten, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß sich derartige Fälle unter keinen Umständen wiederholen, da sich die preussische Regierung andernfalls zu ihrem Bedauern genötigt sehen würde, jeden Verkehr mit dem Reichsminister Herrn Dr. v. Keudell abzubrechen.“

Das Reichskabinett hält heute nachmittag eine Sitzung ab. Es wird angenommen, daß der Reichskanzler in der anschließenden Ministerbesprechung die preussische Beschwerde vorbringen wird, um Dr. von Keudell Gelegenheit zu geben, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, die Preußen gegen ihn erhebt. Weiter heißt es, daß der Konflikt auch ein parlamentarischer Nachspiel haben wird, da die Oppositionsparteien entsprechende Interpellationen im Reichstag in Aussicht genommen haben.

Der polnisch-litauische Konflikt
Belgische Pläne

Der am nächsten Montag in Genf unter dem Vorsitz des chinesischen Gesandten in Paris, Tschan Lo, zusammentretende Völkerbundsrat, wird sich vor allem mit dem polnisch-litauischen Konflikt zu beschäftigen haben. Dabei wird der Belgier Paul Symons wieder erscheinen, um seine Pläne zu verfolgen, eine polnisch-litauische Einigung gegen Deutschland und Rußland herbeizuführen. Bei der polnisch-litauischen Konferenz in Brüssel im Frühjahr 1921, aus Anlaß der Besetzung Wilnas, wurde von belgischer Seite ein Plan aufgestellt, den man nach englischen Meldungen wiederbeleben und der Litauen und Polen in ein ähnliches Verhältnis bringen will, wie es früher zwischen Österreich und Ungarn bestand. Der belgische Plan sah u. a. vor:

- 1. Polen soll seine Truppen aus Wilna zurückziehen, das unter gewissen Bedingungen Litauen zufallen soll.
2. Beide Staaten sollen ihre gegenseitige Unabhängigkeit anerkennen.
3. Polen und Litauen sollen je eine Delegation zur Erörterung von Fragen der auswärtigen Politik ernennen.
4. Beide Generalsstäbe sollen im Kriegsfall zusammenarbeiten.

Polnische Alarmnachrichten aus Litauen

Warschau, 30. Nov. (Tel.) Ein Teil der polnischen Presse ist noch gefüllt mit aus Wilna und Miga stammenden Alarmnachrichten über angebliche Vorgänge in Litauen. So heißt es in einer solchen wilnaer Nachricht, Wolbomaras habe erklärt, daß eine von Emigranten gegründete litauische Gegenregierung einen Vormarsch auf Kowno vorbereite. Infolgedessen sei in allen litauischen Garnisonen Alarmbereitschaft angeordnet worden. In Kowno herrsche Panikstimmung. Weiter läßt sich „Glos Prawdy“ aus Wilna unbestimmt melden, daß Wolbomaras die drei jüngsten Jahrgänge mobilisiert habe, und diese binnen 48 Stunden unter den Waffen stehen müßten. Diese Mobilisation sei gegen Polen gerichtet. Außerdem soll Wolbomaras nach in Kowno umlaufenden hartnäckigen Gerüchten sich an die deutsche und die russische Regierung mit der Bitte um militärische und diplomatische Hilfe für den Fall eines polnischen Marches nach Kowno gewandt haben. Angeblich habe die Regierung Wolbomaras Deutschland als Preis für diese Unterstützung die Abtretung des Kreises Memel versprochen. (?)

Parteien, Wahlen und Wahlvorbereitungen

Auch die Wahlen des letzten Sonntags haben gezeigt, daß eine starke Bewegung der Wähler nach links eingeseht hat. Dieser Kund nach links war in Braunschweig so erheblich, daß es den Sozialdemokraten gelang, genau die Hälfte aller Abgeordnetenmandate zu erobern. Sie können zusammen mit den Demokraten oder zusammen mit Demokraten und Deutscher Volkspartei eine regierungsfähige Mehrheit bilden. Ganz katastrophal war die Niederlage der mit dem Stahlhelm verbündeten Deutschnationalen in Braunschweig. Sie haben die Hälfte ihrer Mandate verloren. Die Gemeindevahlen in Mecklenburg-Strelitz zeigten ein ähnliches Bild. Bei den Gemeindevahlen in Anhalt haben die Sozialdemokraten im großen und ganzen ihren Besitzstand gewahrt. Interessant ist die Feststellung, daß die Wirtschaftspartei nirgends größere Erfolge erzielt hat, und daß die Kommunisten hier und da etwas an Stimmen zugenommen haben. Die bisherige Rechtsregierung in Braunschweig wird nunmehr verschwinden, und an ihre Stelle wird eine mehr nach links orientierte Regierung treten.

Auffallen muß, daß gewisse Mittelparteien, die sich bisher nach rechts hingezogen fühlten, von den Deutschnationalen abrüden und wieder ihren Charakter als Mittelpartei nachhaltiger betonen, wahrscheinlich in der Absicht, damit ihre Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratie gegenüber damit beweisen zu können. Um den Starke sammeln sich im Blick die andern, und der Schwache ist im Unglück allein. Diese bittere Erfahrung müssen jetzt aller Orten die Deutschnationalen machen. In deutschvolksparteilichen Organen aber wird neuerdings die „Große Koalition“ durchaus nicht mehr so verabscheut, wie früher.

In den führenden Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei hat man den Ernst der Lage durchaus erkannt, und man organisiert heute bereits allerlei Unternehmungen, um im kommenden Wahlkampf die Wähler festhalten zu können. Herr Eugenberg entfaltet bei dieser Inszenierung deutschnationaler Wahlpropaganda eine besonders rührige Tätigkeit. Gleichzeitig ist auch General von Liebert auf dem Plan erschienen, mit einem Programm, dessen oberstes Schlagwort lautet: „Bürgerliche Sammlung gegen die rote Flut“. Es ist kaum anzunehmen, daß eine solche Parole heute noch sonderlich ziehen wird. Zumal ja eine derartige Sammlungspolitik in der Praxis nur einer einzigen bürgerlichen Partei, nämlich den Deutschnationalen, zugute käme. Das Zentrum kann mit den Ergebnissen der letzten Wahlen zufrieden sein, und die Demokraten sowohl wie die Deutsche Volkspartei, haben nur verhältnismäßig geringe Verluste erlitten.

Für die weitere Entwicklung der deutschen inneren Politik werden die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei von besonderer Bedeutung sein. Nach längerer Vorbereitung ist jetzt eine Vereinbarung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei getroffen worden, eine Vereinbarung, welche in der Tatsache einer Arbeitsgemeinschaft gipfelt. Die Hoffnung besteht auf beiden Seiten, daß diese Arbeitsgemeinschaft sich als Vorstufe zu einer völligen Wiedervereinigung bewähren wird. Das Interesse am Schulgesetz und die Erkenntnis, daß die Zentrumspartei der gewissenhafteste Freund eines maßvollen und vernünftigen Föderalismus ist, haben beiden Parteien den Entschluß, eine Arbeitsgemeinschaft zu errichten, wohl wesentlich erleichtert.

Und die Gegensätze von früher haben sich vermindert. Die Bayerische Volkspartei hat heute mit der deutschvolkischen Bewegung nichts mehr zu tun. Und auch zu den bayerischen Deutschnationalen haben sich die Beziehungen in den letzten Monaten sichtlich gelockert. Es ist immerhin ein beachtenswertes Symptom, daß in bayerischen Wäldern ganz offen die Möglichkeit einer Koalition zwischen Bayerischen Volkspartei und Sozialdemokratie erörtert wird. Zunächst hat eine derartige Erörterung ja wohl nur akademischen Wert; aber sie ist doch bezeichnend genug für den Wandel der Verhältnisse. Noch vor einigen Jahren hätte man jeden ausgelacht, der in Bayern von einer derartigen Möglichkeit hätte sprechen wollen. Dieser Lage ist der bayerische Ministerpräsident in einer Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erschienen und hat dort seine Auffassungen dargelegt. Auch ein solcher Vorgang wäre noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen. (Ein 2. Artikel folgt morgen.)

## Aus den Reichstagsausschüssen Pensionen und Wartegelder

Im Haushaltsausschuß des Reichstags, der am Dienstag die Besoldungsvorlage weiter beriet, beantragten bei der Besprechung des Abschnitts V (Wartegelder, Ruhegelder und Hinterbliebenenbezüge) die Abgeordneten von Guérard (Zentrum) und Dauer (Bayer. Vpt.), nur bis zu einem Endgehalt von 12 000 Reichsmark eine Pensionerhöhung eintreten zu lassen, und zwar bei mehr als 6000 Reichsmark bis zu 12 000 Reichsmark um 16 Prozent. In der Abstimmung wurde unter Ablehnung der anderen Anträge folgender Antrag der Volkspartei und der Deutschnationalen genehmigt: „Die §§ 24 bis 33 des Entwurfs werden gestrichen und an ihre Stelle folgende Vorschrift gesetzt: § 24. Die Bezüge der in den einseitigen und der seit dem 1. April 1920 in den dauernden Ruhestand versetzten Beamten, sowie die Bezüge der Hinterbliebenen dieser genannten Personen und der seit dem 1. April 1920 im Dienst verstorbenen Beamten werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 nach den geltenden Vorschriften neu festgesetzt.“ — § 25 dieses Antrages wird wegen Annahme eines sozialdemokratischen Zusatzantrages, der bei einem Grundgehalt von mehr als 6000 Reichsmark bis einschließlich 12 000 Reichsmark nur 12 v. H. Pensionsaufbesserung zubilligt, abgelehnt, da auch die Antragsteller nun dagegen stimmen. Damit entsteht eine Lücke im Gesetz, da auch § 26 der Regierungsvorlage nicht aufrechterhalten ist. — § 26 dieses Antrages wird genehmigt, desgleichen die §§ 27 bis 33a. In Verfolg dieses Beschlusses wurde auf Antrag des Abg. von Guérard beschlossen, möglichst bald den Finanzminister herbeizubitten, damit er zu der so wesentlich veränderten Regierungsvorlage und ihren Auswicklungen Stellung nehme. Ministerialdirektor Rothholz erklärte die beschlossenen Änderungen für nicht tragbar.

Am Schluß der Sitzung erklärte Reichsfinanzminister Dr. Köhler, daß die Einkufung der Pensionäre und Altpensionäre Gegenstand besonderer Sorge und Prüfung der Reichsregierung gewesen sei. Da jetzt in weitem Umfang die Vorlage der Regierung verändert worden sei, müsse er darauf hinweisen, daß es der Reichsregierung zur Zeit nicht möglich sei, über den gegebenen finanziellen Gesamtrahmen hinauszugehen. Er werde erwägen, ob in den Gesamtrahmen Verschiebungen möglich sind, aber er müsse schon heute laut erklären, daß dies über das der Vorlage zugrunde liegende finanzielle Gesamtausmaß hinaus nicht möglich sei. Er werde dies bei der Einbringung des neuen Etats noch des näheren darlegen.

Die zweite Lesung der Besoldungsvorlage soll voraussichtlich am Samstag beginnen.

Die Vorgänge im Haushaltsausschuß, die zu einer getrennten Abstimmung der Koalitionsparteien bei der Einkufung der Pensions- und Wartegeldbeamten geführt haben, sind Dienstag nachmittags in einer Sitzung des Reichstagsbesprechungsraumes besprochen worden. Die Reichsregierung ist jedoch in dieser Sitzung noch nicht zu bestimmten Beschlüssen gelangt, sondern wird sich wahrscheinlich heute mit den Fraktionsführern der Koalition über diese Angelegenheit noch einmal in Verbindung setzen, um, wenn möglich, doch noch eine einheitliche Stellungnahme der Koalitionsparteien herbeizuführen.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses am heutigen Mittwoch teilte zur Ergänzung seiner gestrigen Erklärung Reichsfinanzminister Dr. Köhler mit: Ich bin gebeten worden, auch die Stellung der Reichsregierung hier kund zu tun. Der Versuch ist gemacht worden, eine Sitzung des Kabinetts noch gestern zusammenzubekommen. Der Versuch ist gescheitert, weil zwei Minister an der Sitzung nicht teilnehmen konnten. Die Reichsregierung behält sich vor, eine Erklärung zum Gesamtantrag des § 24 vorzutragen, sobald sie die Möglichkeit hat, zu den Fragen Stellung zu nehmen, was voraussichtlich heute oder morgen der Fall ist.

Abg. von Guérard (Zentr.): Ich nehme Kenntnis von dieser Erklärung, daß wir vor Eintritt in die zweite Lesung der Vorlage die Erklärung der Reichsregierung über ihre Stellung, insbesondere zum § 24, erhalten.

## Die Anleihepolitik der Städte

In der außerordentlichen Sitzung des Berliner Stadtparlamentes am Dienstag führte Oberbürgermeister Dr. Böß im Namen des Magistrats zu der vom Räte des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht u. a. folgenden aus: Ich kann mir nicht denken, daß Dr. Schacht eine Politik treiben will, die die Städte zwingt, ihre Werte zu verkaufen. Es würden als Käufer doch nur Ausländer in Frage kommen. Reich und Länder haben in jahrelanger Arbeit gefordert, daß die Werte in deutsche Hand gelangen, so beispielsweise, als man die englischen Gaswerke kaufte. Ich bin davon überzeugt, daß Dr. Schacht die Sorge um die Wahrung zu seinen Ausführungen getrieben hat, doch glaube ich, daß ihm dabei ein Gedankenschleier unterlaufen ist, und nehme an, daß er sich bereits auf dem Wege der Erkenntnis befindet. So hat er sich jetzt bereit erklärt, Verhandlungen mit den deutschen Städten über den Aufbau ihrer Werte und über ihre Anleihepolitik zu führen. Dr. Böß wies dann nach, daß der Vorschlag Dr. Schachts bezüglich der Zuzugsgaben der deutschen Gemeinden auf Berlin nicht zutrefte.

In der anschließenden Debatte erklärten sich sämtliche Fraktionen außer den Deutschnationalen und Völkischen für den Magistrat und die städtische Kreditwirtschaft. Ein sozialdemokratischer Antrag, der vom Magistrat fordert, daß er die Angelegenheit des Reichsbankpräsidenten auf ein richtiges Maß zurückführe, wurde mit dieser Stimmenmehrheit angenommen.

Im Verlaufe einer Wirtschaftstagung des Hansabundes in Berlin ergriß Reichsbankpräsident Dr. Schacht das Wort. Wir sind, so betonte er u. a., aus den Verhältnissen des Obrigkeitsstaates heraus. Wir werden den uns hier beschaffenden Problemen in Deutschland nicht gerecht werden, wenn wir nicht auf allen Seiten den Willen zu gesunder Wirtschaft und Finanzführung aufbringen. Wir wollen uns eine eigene Kontrolle schaffen. Das Ausland wird uns viel mehr Kredit und Vertrauen schenken, wenn wir diesen Willen beweisen. Zeigen Sie mir, so schloß der Reichsbankpräsident, in ganz Europa noch einmal ein Volk, das durch seine Arbeitsamkeit, durch seinen Willen zur Ordnung und durch seinen eisernen Fleiß, nicht zuletzt auch durch seine Opferwilligkeit einen so festen Charakter gezeigt hat, wie das deutsche Volk. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Kredit gesund bleibt, indem wir eine vertrauensvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben.

Das Wahlprogramm der Lothringers Republikaner. Wie dem Pariser „Journal“ aus Metz berichtet wird, hat die lothringische Republikanische Vereinigung am Dienstag zur Frage der kommenden Wahl nach einem Vortrag des Senators de Wendel, der sich entschieden gegen die Autonomistenbewegung wandte, eine Entschließung angenommen, die zwar jede mit der nationalen Einheit unvereinbare Tendenz mißbilligt, jedoch tatkräftige Unterstützung einer regionalen Zentralisierungsreform im ganzen Lande verspricht.

## Politische Neuigkeiten

### Aus dem Reichstag

BDZ. Berlin, 30. Nov. (Tel.) Im Reichstag setzten am Mittwoch fast alle Ausschüsse ihre Arbeit fort. Der Ältestenrat will am Nachmittag das weitere Programm für die Plenarverhandlungen der nächsten Zeit festlegen. Bis jetzt steht nur fest, daß der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt am morgigen Donnerstag zunächst die große Aussprache über die Wirtschaftslage im Anschluß an die bereits vor Monaten eingebrachte sozialdemokratische Interpellation und an die Interpellationen verschiedener Parteien zur Tabakarbeitsausperrung beginnt.

### Das Steuervereinfachungsgesetz

Die Verhandlungen des Reichstages über das Steuervereinfachungsgesetz sind wegen der Dringlichkeit der Beratung des Etats für 1928 unterbrochen worden, nachdem bisher das Grundsteuer- und Gewerbe-Körperschaftsteuergesetz beraten und erledigt wurden. Es stehen noch aus: das Gebäudeverschuldungsgesetz und das Steueranpassungsgesetz, und es ist nicht anzunehmen, daß die Weiterberatung der Vorlage vor Anfang nächsten Jahres aufgenommen werden kann. Gegenüber dem Gerücht, daß eine Ländermehrheit im Reichstag, darunter auch Preußen, sich für eine Zurückziehung des Steuervereinfachungsgesetzes ausgesprochen hätte, wird gemeldet, daß die preussische Regierung sich auch weiter, wie bisher, energisch für die Erledigung des Gesetzes einsetze.

### Um die Elektrifizierung der Schweizer Bundesbahnen

Mit dem Jahre 1927/28 ist das erste Elektrifizierungsprogramm der Schweizerischen Bundesbahnen durchgeführt. Weitere Elektrifizierungen wollen die Bundesbahnen wegen ihrer schwierigen finanziellen Lage nur noch in beschränktem Maße ausführen. Einen Antrag der Kreisdelegation I der Bundesbahnen, namentlich auch zur zweiten Etappe der Elektrifizierung überzugehen, beantwortete der Chef des Verkehrsdepartements mit dem Hinweis, daß es sich bei der ersten Etappe um Linien mit starkem Verkehr handle, deren Erträgnis die für die Elektrifizierung investierten Kapitalien zu verzinsen und zu tilgen vermögen. Die Linien, die für die zweite Elektrifizierungsstufe in Aussicht genommen werden, weisen einen wesentlich geringeren Verkehr auf. Außerdem sei der Kohlenpreis von 60 Franken pro Tonne auf 87½ Franken gefallen.

### Umbildung des Kabinetts Baldwin

BTZ. London, 30. Nov. (Tel.) Wie der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, wird mit Bestimmtheit erwartet, daß drei Mitglieder der Regierung nächstes Jahr die Peerswürde erhalten werden, daß ein oder zwei Unterstaatssekretariate neu besetzt werden und daß mit weiteren Veränderungen innerhalb des Kabinetts und mit der Neubefugung einiger weniger wichtiger Posten zu rechnen ist. Der Präsident des Handelsamtes, Cunliffe Kister, und der Transportminister Oberst Ashley, der Erste Seelord Bridgeman würden wahrscheinlich aus dem Kabinett ausscheiden. Der Berichterstatter fügt hinzu, die Absicht sei, dem jüngeren Element unter den Konservativen Gelegenheit zur praktischen Betätigung innerhalb der Regierung zu geben, und dadurch die bestehende Unzufriedenheit zu beseitigen.

Einigung der Regierungsparteien über das Schulgesetz? Wie der „Post“ aus Frankfurt a. M. berichtet wird, hat auf einer in Höchst stattgefundenen Tagung des Reichsausschusses des Zentrums der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Deffauer erklärt, daß es des Reichsschulgesetzes wegen nicht zur frühzeitigen Reichstagsauflösung und zu Wahlen kommen werde. Es werde vielmehr ein Kompromiß zustande kommen, dem das Zentrum zustimmen werde, wenn die Lösung auch nicht den Wünschen der katholischen Eltern in allen Punkten entspreche. Das Kompromiß sei immerhin auch vom katholischen Standpunkt aus wenigstens annehmbar.

Vorauschiebung des Schankstättengesetzes. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages besteht die Absicht, zunächst das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu bearbeiten, das dem Ausschuss in einer der letzten Plenarsitzungen überwiesen worden ist. Dadurch muß die zum Arbeitsgebiet des Ausschusses gehörende Beratung des Schankstättengesetzes, bei dem die Frage einer evtl. Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes über Schankkonzessionen zur Entscheidung steht, weiter hinausgeschoben werden, und es ist nicht damit zu rechnen, daß dieses Gesetzentwurf noch im laufenden Jahr an das Plenum gelangen kann.

Das Burgenland und Ungarn. Im Burgenländischen Landtag brachten die Abgeordneten der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen und der Sozialdemokraten an den Landeshauptmann eine Anfrage ein wegen der Stellungnahme Lord Rothmeres zu der territorialen Abgrenzung Ungarns. Der Landeshauptmann führte aus: Ein burgenländisches Problem gibt es überhaupt nicht; das Burgenland bleibt österreichisch für immer. Die Frage der Grenzen zwischen Ungarn und Österreich wird auch von der ungarischen Regierung als bereinigt angesehen. Wenn Lord Rothmeres bei dieser Gelegenheit eine Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse noch für notwendig hält, so wird die Landesregierung gerne bereit sein, ihn bei dieser Prüfung zu unterstützen.

Beilegung des Konflikts mit den tschechoslowakischen Eisenbahnern. Wie das „Prager Tagblatt“ erfährt, wurde zwischen dem Ministerium und den Eisenbahnern ein Einverständnis erzielt. Der Gesamtanspruch für die Forderungen der Eisenbahner wird 86 Millionen Kronen ausmachen. Die Zulagen werden noch vor Weihnachten ausbezahlt. Gleichzeitig wird auch die Beförderung der außeretatmäßigen Angestellten auf freierwerbende etatmäßige Stellen durchgeführt. Der Konflikt zwischen den Eisenbahnern und der Eisenbahnverwaltung kann damit als beendet angesehen werden.

## Kurze Nachrichten

Beteiligung der Schweiz an der Weltausstellung. Um eine Beteiligung der Schweiz an der im April 1928 in Köln stattfindenden Internationalen Weltausstellung zu ermöglichen, hat der Bundesrat eine Bundessubvention im Höchstbetrage von 25 000 Franken und einen Beitrag an das Garantiekapital der Ausstellung im Höchstbetrage von 10 000 Franken beschlossen.

Die Verhandlungen über den Konflikt in der Zigarrenindustrie. Im Reichsarbeitsministerium haben heute, Mittwoch, die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der Zigarrenindustrie begonnen.

Dreißig-Millionen-Dollar-Anleihe der Stadt Wien. Der Gemeinderat Wien nahm den Antrag auf Aufnahme einer 30-prozentigen Dreißig-Millionen-Dollar-Anleihe der Stadt Wien an.

Charlestonverbot für italienische Offiziere. „Popolo di Roma“ berichtet, daß das Kriegsministerium den Offizieren diejenige egypische Länge verboten hat, die mit der militärischen Würde und dem militärischen Ernst unvereinbar sind, darunter den Charleston.

Die Königin von Schweden, welche sich längere Zeit in Capri aufgehalten hatte, hat sich nach Rom begeben, wo sie sich einige Zeit aufzuhalten gedenkt. Sie will sodann den Winter in Florenz zubringen. Ihr Befinden hat sich bedeutend gebessert.

Gebührenerhöhung in Polen. Am 1. Dezember werden die polnischen Post- und Telegraphengebühren durchschnittlich um 25 Prozent erhöht.

Regierung und Parlament in Polen. Wie die polnische Presse berichtet, hat das polnische Verkehrsministerium dem Sejm- und dem Senatsmarschall, sowie den Vizemarschällen beider Häuser, entgegen den herrschenden Gepflogenheiten, das Recht auf freie Benutzung der Eisenbahn entzogen. Der sozialistische „Robotnik“ nennt dieses Vorgehen eine geschmacklose Bosheit, um so mehr, als nach den Bestimmungen der polnischen Verfassung die Mandate dieser Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften über die Auflösung der Parlamente hinaus bis zur Durchführung der Wahlen andauern.

Der Telefonverkehr zwischen Newyork und Stockholm wurde am Dienstag, wie aus Newyork gemeldet wird, eröffnet. Die Verständigung war vorzüglich. Ein ähnlicher Dienst ist mit Antwerpen und Brüssel hergestellt worden, aber Gespräche mit Paris sind schwierig wegen des schlechten Zustandes der Landleitungen.

Einwanderung in die Vereinigten Staaten. Aus Washington wird gemeldet, daß im Jahre 1927 168 000 Personen, darunter 48 513 Deutsche, 25 054 Polen und 25 669 Engländer nach den Vereinigten Staaten eingewandert seien.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Der Ausschuss für Rechtspflege

und Verwaltung hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der er sich zunächst mit einem demokratischen Antrag auf unbefristete Verlängerung der Geltungsdauer der Nachschußordnung und Ergänzung der derzeitigen Bestimmungen im Interesse der Pächter, insbesondere der Pächter von geschlossenen Hofgütern. Die badische Justizverwaltung hält ihrerseits die Nachschußordnung auf die Dauer nicht für erforderlich. Es müsse allerdings geprüft werden, ob nicht das Nachrecht allgemein neu geregelt werden solle. Nach längerem Für und Wider wurde die Angelegenheit vertagt.

Zur Erörterung stand sodann eine Denkschrift des Verbandes badischer und pfälzlicher Kleingarten- und Gartenbauvereine über das Kleingartenwesen in Baden. Die Eingabe gipfelte in der Forderung: Die Regierung wolle die Gemeindeverwaltungen namentlich in den größeren Städten veranlassen, für den Kleingartenbau geeignete Dauersflächen bereitzustellen. Das Kleingartengeld solle in den Stadterweiterungsplänen verankert werden, und die Regierung der Schaffung eines Städtebaugesetzes in Baden nähere treten. — In der Aussprache wurde allseits zum Ausdruck gebracht, daß man mit der Regierung die materiellen und ideellen Vorzüge des Kleingartenbaues durchaus schätze und dessen Ausgestaltung wünsche. Andererseits wurden die Schwierigkeiten nicht verkannt, die in der baulichen Entwicklung der Städte liegen. Auf Antrag des Berichterstatters, Abg. Kühn, beschloß der Ausschuss, die Denkschrift in dem Sinne der Regierung zur Kenntnis zu übermitteln, daß, soweit irgend möglich, in Baden eine dauernde Förderung des Kleingartenbaues sichergestellt werden möge.

Der Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen beschwerte sich darüber, daß die Sozialrentner gegenüber den Kleinrentnern bei der Anrechnung ihres Arbeitsverdienstes zurückgesetzt würden. Dieses Gesuch wurde im Hinblick auf die Maßnahmen der Reichsregierung für erledigt erklärt. — In einem weiteren Gesuch verlangte dieselbe Organisation die Festlegung einheitlicher Richtsätze in allen Bezirksfürsorgeverbänden. Der Ausschuss kam nach längerer Aussprache, in der die schwierige Lage der Hilfsbedürftigen eingehend dargelegt wurde, zu dem Beschlusse, die Eingabe der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überreichen, daß die Fürsorgeverbände nachprüfen sollen, ob die Richtsätze den heutigen Verhältnissen noch entsprechen.

Der Abg. Dr. Hofmann berichtete über den Gesuchentwurf zur Vereinigung des Hauptortes Adelsheim mit der Stadtgemeinde Überlingen, die auf 1. April 1928 erfolgen soll. Die Vorlage, die inhaltlich bereits bekannt ist, wurde nach kurzer Erörterung einstimmig angenommen.

#### Interpellationen und Anträge

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Landtag eine förmliche Anfrage zum Schulgesetz eingebracht, in der es u. a. heißt: „Die badische Regierung hat sich über den Mehrheitsbeschluß des Landtags vom 1. Juli 1927 hinweggesetzt. Nachdem der Herr Unterrichtsminister aber auf dem Offenburger Parteitag der Demokratischen Partei und in der Presse und Versammlungsreden erklärt hat, daß er ein entschiedener Verfechter und unbedingter Anhänger der Simultanschule sei und sich für deren dauernde Erhaltung einsetze, wolle, ist offenbar dem Beschluß des Staatsministeriums die einstimmige Grundlage entzogen.“

Wir fragen an: 1. Wie rechtfertigt die Regierung die den Sinn und Geist der Verfassung verletzende Nichtbeachtung des Mehrheitswillens des Landtags? 2. Ist die Regierung nunmehr bereit, bei sich bietender Gelegenheit für die dauernde Erhaltung der christlichen Simultanschule in Baden und den anderen Simultanschuländern nachdrücklich einzutreten? 3. Ist die Regierung ferner bereit, dem Landtag Mitteilung darüber zu machen, wie hoch die einmaligen Kosten und die laufenden Mehraufwendungen sein würden, wenn das Reichsschulgesetz in der Fassung des Regierungsentwurfs auch in Baden in Kraft treten und die darin gegebenen Möglichkeiten der Umwandlung der Schulen voll ausgeschöpft würden.“

Auch eine Interpellation der Bürgerlichen Vereinigung über das Schulgesetz liegt vor. Sie lautet: „Was hat die badische Regierung getan, bevor sie zur Instruierung ihres Vertreters im Reichsrat schritt, um für die bestehende badische Schulverfassung außerhalb Badens und bei der Reichsregierung Verständnis zu erwecken, diese zu schützen und vielleicht für das ganze Reich fruchtbar zu machen, wie ihr dies schon im letzten Landtag nahegelegt wurde? Warum ist sie von der Beschlußfassung des Landtags in ihren Instruierungen abgewichen.“

#### Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Reichsbahnobersekretär a. D. Adolf Grummert in Heidelberg, der unter eigener Lebensgefahr ein Kind vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

## Zu Justiz-Verwaltungsänderungen auf dem hohen Schwarzwald

In Nr. 319 der „Freiburger Zeitung“ vom 23. November d. J. wird unter „Lengkirch“ Einspruch gegen die immerwährenden Verwaltungsänderungen auf dem hohen Schwarzwald erhoben. Soweit die in dem Artikel erwähnte Zuteilung der Gemeinden Lengkirch, Raitenbuch und Fischbach zum Notariatsbezirk Bonndorf in Betracht kommt, wird folgendes festgestellt:

Durch Erlass des Justizministeriums vom 7. Juni d. J. wurden die genannten Gemeinden, die bis dahin zum Notariat Neustadt gehörten, dem Notariat Bonndorf zugewiesen. Diese Maßnahme wurde nötig durch die Überlastung des Notariats Neustadt, infolge deren diesem Notariat zeitweise ein Hilfsnotar zur Ausfüllung beigegeben werden mußte. Zuvor eine nennenswerte Beeinträchtigung der Belange der Bevölkerung der Gemeinden Lengkirch, Raitenbuch und Fischbach hat diese Zuteilung nicht zur Folge, da in diesen Gemeinden regelmäßig Amtstage zur Erledigung der Grundbuchgeschäfte abgehalten werden. An diesen Amtstagen können auch die notariellen Geschäfte erledigt werden. Der Artikel gibt auch selbst zu, daß diese Amtstage vom Notariat Bonndorf mit großer Gewissenhaftigkeit abgehalten werden. Kommen ausnahmsweise einmal eilige Geschäfte vor, die bis zum nächsten Amtstag nicht verhandelt werden können, so ist der Notariatspräsident Bonndorf von den drei Gemeinden aus ebenso leicht zu erreichen, wie Neustadt. Übrigens kommt der Notar in Fällen auf Ansuchen auch außerhalb des Amtstages in die Gemeinden seines Bezirks und können wahlfreie Geschäfte, z. B. Testamente, Eheverträge, Abgabeverträge, auch beim Notariat Neustadt geschlossen werden. Wenn mit derartigen kleinen Maßnahmen, wie hier eine vorliegende, eine wesentliche Ersparnis für die Staatskasse erreicht werden kann, so könnte füglich erwartet werden, daß auch die davon betroffenen Bevölkerungskreise hierfür das nötige Verständnis haben.

## Verband badischer Gemeinden

Der Verbandsvorstand hielt am 25. November 1927 in Karlsruhe eine Sitzung ab, in der — wie uns geschrieben wird — u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

**Gasfernversorgung.** Der Vorstand hält die Einsetzung einer Studienkommission durch die Städte- und Gemeindeverbände Badens für erforderlich, um die einzelnen Fragen genügend zu klären, und um den Gemeinden an die Hand gehen zu können. Unter Umständen soll ein Mustervertrag ausgearbeitet werden.

**Sonntagsruhe und Ladenschluß in den Landgemeinden, sowie Nachbarsverbot.** Zum Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes werden im Interesse der Landbevölkerung durch Vermittlung des Deutschen Landgemeindetages in Berlin Anträge zur Verbesserung der jetzigen Verhältnisse gestellt.

**Einzug der Viehverversicherungsumlagen.** Verschiedene Bezirke haben sich darüber beklagt, daß der Einzug der Viehverversicherungsumlagen und der Umlagen für Entschädigungen bei Seuchenverlusten den Gemeinden übertragen worden ist. Nachdem die Finanzämter den Einzug nicht übernehmen, bleibt jedoch nur der von der Regierung vorgeschlagene Weg des Einzugs durch die Gemeinden übrig, wenn die im Interesse der Landbevölkerung gebildeten Anstalten aufrechterhalten werden sollen.

**Wohnungswesen.** Der Vorstand befaßte sich mit der Frage des Wohnungsbaues, der Finanzierung, sowie mit der Reichszählung. Er hält die Aufstellung einer Statistik über den Wohnungsbau und über die Art der Deckung für erforderlich.

**Änderung des Straßengesetzes.** Dem Landtag soll nochmals Vorlage erstattet werden, damit die dringend notwendige Entlastung der Gemeinden von den Land- und Kreisstraßenbeiträgen eintritt.

**Sonstiges.** Der Vorstand befaßte sich ferner mit der Verwaltungsreform, mit der Bildung von Bezirksparlamenten, mit dem neuen Landesarbeitsamt, mit der Besoldungsreform in den Gemeinden, sowie mit anderen dringenden Gemeindefragen.

## Aus dem neuen Fahrplan 1928/29

Die unlängst in Prag abgehaltene europäische Fahrplan- und Wagenbefestigungskonferenz für 1928/29 hat nach Beratung von über 300 Anträgen die folgenden, den deutschinter-nationalen Nord-Süd- und West-Ostverkehr berührenden Beschlüsse gefaßt:

Berlin— und Holland—Frankfurt—Basel: Die im Winter 1927/28 geführten Schlafwagenzüge D 244/241 Frankfurt—Basel sollen ganzjährig und zwar von Berlin aus und nach Berlin geführt werden. Berlin ab 16.20, Frankfurt ab 23.48, Karlsruhe ab 2.03, Basel S.W. an 5.45, Basel ab 23.48, Karlsruhe 3.18, Frankfurt an 6.07, Berlin an 13.45. Dieses Schlafwagenpaar soll auch Schlafwagen nach und von Holland führen. Das D-Zugpaar 2/1 Frankfurt ab 7.22, Basel 14.08, Basel S.W. ab 15.28, Frankfurt an 22.14, soll vom 1. Juli bis 10. September doppelt geführt werden, jedoch nur zwischen Frankfurt und Basel. Außerdem soll die Berliner Abteilung des FD-Zugpaars 163/164 Basel ab 3.18, Karlsruhe 12.00, Frankfurt an 14.15, Berlin an 22.18, Berlin ab 7.40, Frankfurt 15.32, Karlsruhe 17.49, Basel an 21.28, den Sommer über von der Basel—Hollandabteilung getrennt geführt werden. Die Tagesexpresszüge Holland—Basel FD 163/164 sollen in Schnellzüge 1. bis 3. Klasse umgewandelt werden. Außerdem soll das ganze Jahr hindurch zwischen Basel und Amsterdäm ein Pullmanzug geführt werden, Basel ab 9.45, also etwa 90 Minuten nach D 163, und Basel an gegen 19.00, mit Anschluß nach und von Zürich—Luzern und Bern. Durch diese neuen Verbindungen wird ein Ausgleich geschaffen gegen die auf der Strecke Basel—Straßburg geführten Züge. Auch eine neue nur etwa 10stündige Tages Schnellzugsverbindung zwischen Stuttgart—Leipzig und Berlin wird geschaffen. Fraglich erscheint, ob dann das D-Zugpaar 83/82 zwischen Stuttgart und Berlin beibehalten werden kann. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß das Nacht Schnellzugpaar D 44/41 Berlin—Darmstadt—Frankfurt—Basel in Basel in der Zeit vom 15. Mai bis 31. Oktober Anschluß an einen neuen Früh Schnellzug nach Mailand und Bern und Anschluß von Genua ab 13.38, Zürich ab 16.00 haben wird.

**Am Erholungsheim zum Bohnhaus.** Das Erholungsheim Lannenhof ist aus dem Besitz des Geschäftsführenden Vereins der Deutschen Christlichen Studentenvereinigungen E. V. in Berlin in den der Gemeinde Königfeld übergegangen, die beabsichtigt, das Haus in Wohnungen aufzuteilen. Es dürften auf diese Weise circa 12 große gesunde Wohnungen geschaffen werden können.

## Unterausschuß für Schädlingsbekämpfung des Deutschen Weinbauverbandes

Am vergangenen Freitag und Samstag tagte in Freiburg i. Br. der sehr zahlreich beteiligte Unterausschuß für Schädlingsbekämpfung des Deutschen Weinbauverbandes unter Vorsitz von Direktor Dr. Müller vom Badischen Weinbauinstitut in Freiburg. Vertreten waren u. a. das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die Regierungen von Bayern, Hessen und Baden, das Reichsgesundheitsamt, die Biologische Reichsanstalt, das österreichische Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Die Direktoren der verschiedenen deutschen Weinbauinstitute, zahlreiche Vertreter von Weinbauverbänden und vieler industrieller Unternehmungen waren ebenfalls erschienen. Für die Badische Regierung sprach Oberregierungsrat Cronberger und für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schuster Begrüßungsworte.

Nach der Besprechung der Berichte der einzelnen Ländervertreter über Versuche mit Schädlingsbekämpfungsmitteln im Jahre 1927, die durch mehrere Sachverständigenberichte ergänzt wurden, beschloß man einstimmig, das Reichsministerium für Ernährung zu bitten, ein Verbot der Anwendung von Bekämpfungsmitteln, die arsenhaltig sind, zu erlassen.

Das Ergebnis der Generalausprache über die einzelnen Schädlingsbekämpfungsmittel faßte Direktor Dr. Müller dahin zusammen, daß neben den bisher empfohlenen Mitteln nur noch die nachfolgenden dem Winger ebenfalls empfohlen werden können:

1. Rosperit der S. G. Farbenindustrie A.-G., auch als Spritzmittel, nicht nur als Stäubemittel. — 2. Meritol der Chem. Fabrik A. Aktien, vorm. E. Schering in Berlin, als Stäubemittel gegen Heu- und Saurewurm, und 3. Rosperit der S. G. Farbenindustrie A.-G. als Stäubemittel gegen Peronospora und Wurm. Alle Lösungen der Schädlingsbekämpfungsmittel sollen mit der Aufschrift „gleichbleibende Zusammensetzung und Beschaffenheit der Biologischen Reichsanstalt gerantiert“ versehen werden. Den Weinbauinstituten soll auf diese Weise die Möglichkeit einer Nachprüfung der im Handel befindlichen Schädlingsbekämpfungsmittel gegeben werden.

Am Samstag vormittag wurden Leitfäden für die Schädlingsbekämpfung durchgesprochen, sowie mehrere Referate gehalten. Regierungsbotaniker Dr. Gehrner und Regierungsbotaniker Dr. Kotte vom Badischen Weinbauinstitut sprachen über „Beziehungen zwischen dem Kalziumgehalt der Sprossbüchsen und den Verbrennungserscheinungen an Reben“ sowie über „Wirkung des Kupfers auf den Peronosporapilz“. In der Aussprache kam zum Ausdruck, man möchte auch in den übrigen deutschen Weinbauinstituten und in Österreich ähnliche Kalziumgehaltuntersuchungen am Sprossbüchsen durchführen, wie sie nach den Untersuchungen am Badischen Weinbauinstitut empfohlen werden, um die Blattverbrennungen auch bei Anwendung von arsenhaltigen Sprossbüchsen auf ein Mindestmaß herabzubringen. Die Frage der in manchen Gegenden an der Mosel und an der Saar aufgetretenen Schierlaus ist noch ungeklärt und erfordert weitere Beachtung.

Die Frühjahrstagung soll in Wiesbaden abgehalten werden.

## Tagung des badischen Waldbesitzerverbandes

In Ruchen fand eine Tagung des Waldbesitzerverbandes für die Bezirke Ruchen, Waldbrunn, Adelsheim und Wertheim statt. Diese war insbesondere von den Dienstvorständen der genannten Forstbezirke und den Bürgermeistern des Bezirks besucht. Als Referent des Verbandes sprach Forstassessor Leonhard (Willingen), der in seinem Vortrage auf die Bestrebungen des Verbandes und auf seine bisherigen Erfolge, insbesondere auf steuerlichem Gebiete und dem Gebiete des gemeinsamen Holzverkaufes, hinwies. Der Verband besitzt bis jetzt eine eigene Geschäftsstelle in Willingen. Die Errichtung einer Geschäftsstelle in Nordbaden wird erwogen. Bürgermeister Dr. Trautmann (Waldbrunn) unterstrich besonders die Notwendigkeit einer eigenen Geschäftsstelle für das Unterland. Die Errichtung einer Zweigstelle in dieser Gegend würde sich lohnen, da der Forstbezirk allein schon 6000 Hektar Wald aufweist. Eine dahingehende Entscheidung wurde einstimmig angenommen.

## Die Ausperrung der Zigarrenarbeiter

Dr. Bruchsal, 29. Nov. Die Ausperrung der Zigarrenarbeiter verursacht immer mehr Not in unseren großen Tabakindustrieregionen des Bezirks. So sind in Kronau mehr als 600 Arbeiter ausgesperrt und viele werden bei der Gemeinde um Unterbringung vorstellig, jedoch vergeblich, denn die Gemeinden erhalten hierfür keinen Rückersatz vom Reich. Eine vom Gewerbeverein einberufene Versammlung in Kronau verlangte unbedingt Hilfe für die ausgesperrten arbeitswilligen Menschen, die ins Elend getrieben wurden. Die Bürgermeisterversammlung des Bezirks hat eine diesbezügliche Entschließung an die Regierung gesandt. In verschiedenen Orten kommt es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Ausgesperrten und den Zigarrenfabrikanten, weil erstere den Abtransport fertiger Ware verhindern und meist Gendarmerei eingreifen muß. Sollte der Kampf länger gehen, so sind infolge des fortschreitenden Elends Gewalttaten zu erwarten.

Dr. Wiesloch, 30. Nov. Im Amtsbezirk Wiesloch, wo in jeder Gemeinde Zigarrenfabriken bestehen, wirkt die Ausperrung der Zigarrenarbeiter besonders furchtbar. Das Elend unter den Zigarrenarbeiter-Familien, die zum großen Teil nicht organisiert sind, ist groß. Dieser Tage fand in Wiesloch in dieser Angelegenheit eine Bürgermeisterversammlung des Amtsbezirk statt, in der Hilfe für die Ausgesperrten verlangt wurde. Fast täglich finden in den größeren Ortschaften des Bezirks starbessuche Versammlungen statt, in denen die Führer der christlichen Gewerkschaften den Tabakarbeitern über die Lage berichten. Die Gemeinden verlangen vom Reich und vom Staate Geldunterstützung und wollen, bis dies durchgesetzt ist, vorläufige Gelder hergeben. Ein Ende ist noch nicht abzusehen.

## Zum Lohnkampf in der Textilindustrie

Die für Freitag in Karlsruhe geplanten Verhandlungen vor dem Landeslichter über die Tarifregelung in der Textilindustrie sind auf Dienstag kommender Woche verschoben worden.

In der Spinnerei Zell-Kenbach A.-G. und in der Baumwollweberei Rogelbach in Schopfheim haben die Textilarbeiter ebenfalls die Kollektivkündigung eingereicht. Weitere Kündigungen sollen noch bevorstehen.

Der Neubau der Freiburger Kliniken. Von den neu zu erbauenden Krankenhäusern auf dem dafür vorgesehenen Gelände an der Hugstetterstraße wird als erstes die medizinische Klinik errichtet. Mit dem Bau des sehr weitläufigen, von zwei Flügeln flankierten Gebäudes, ist es nach anfänglicher Überwindung von kleinen Schwierigkeiten flott vorangegangen; die Maurer sind nun fast da, wo die Arbeit des Zimmermanns und Dachdeckers beginnt. In gleicher Längsfront mit der medizinischen Klinik wird östlich davon, in der Richtung gegen die Stadt, die Chirurgische Klinik erbaut werden. Dieser gegenüber kommt die Frauenklinik zu stehen, und neben der letzteren westwärts wird die Augen-, Nasen- und Ohrenklinik Platz finden.

## Gemeinde-Rundschau

### Der Bürgerausschuß Karlsruhe

Beschäftigte sich am Dienstag mit der Änderung der Gas- und Stromtarife, die bereits vorher in der Öffentlichkeit, nachdem die städtische Vorlage befragt worden war, Gegenstand einer ausgiebigen Aussprache gewesen sind. In der Begründung der Vorlage war ausgeführt, daß durch die Neuordnung die Tarife sozialer und infolge Konsumsteigerung die Produktion der städtischen Werke rentabler gestaltet werden sollten. In den Polemiken dagegen war auf Fälle hingewiesen worden, in denen die Kleinabnehmer keine Vorteile, sondern sogar Nachteile hätten, dagegen vor allem die Großverbraucher Vorteile.

Oberbürgermeister Dr. Finter begründete in etwa einständigen Darlegungen die Vorlage, deren Inhalt er dabei darlegte. Er gab zu, daß der Vorschlag des Stadtrats Enttäuschung erwecken konnte, weil er nur das zur Zeit Mögliche geben könne. Von einer allgemeinen Senkung des Einheitspreises, auf die auch einige Anträge hinausliefen, könnte unter den heutigen Verhältnissen keine Rede sein, da nun einmal infolge der Finanzlage die städtischen Werke finanziell zum Stadthaushalt beitragen müßten. Erleichterungen für die Konsumenten seien nur möglich auf dem Weg der Einführung des Grundgebührentarifes. Dieser solle nach der Vorlage übrigens wahlweise neben den bisherigen Einheitsstarif treten, eine Regelung, die sich grundlegend von Tarifen anderer Städte unterscheidet. Gerade alle Einheitsstarife müßten nach ihrer ganzen Natur denjenigen, die wenig verbrauchen, eine gewisse Verteuerung bringen. Nach der vorgeschlagenen Neuordnung solle jeder den alten Tarif beibehalten können, wenn er wolle, so daß er nicht mehr zu bezahlen brauche als bisher. Steigert der Verbraucher aber seinen bisherigen Verbrauch nur um ein Weniges, so erhält er ermäßigte Preise und bei Gas, wo der Einheitspreis bisher 18 Pf. für das Kubikmeter betrug, hat er dann die Grundgebühr (achtmal so viel Reichspfennige, als er 1926/27 Kubikmeter monatsdurchschnittlich, jedoch nicht für Raumheizung, verbrauchte, mindestens 1,60 M., höchstens 12 Reichsmark im Kalendermonat) zu bezahlen, und außerdem für alle verbrauchten Kubikmeter nur noch 10 Pf., so daß ihm nur sein bisheriger Verbrauch weiter 18 Pf. das Kubikmeter kostet. Die Bevölkerung soll dadurch zum Mehrverbrauch angeregt werden. Gewiß sei es ein Nachteil, daß derjenige, der bisher schon fortgeschritten im Verbrauch gewesen ist, dafür nicht belohnt wird, er muß für die gleiche Menge seines bisherigen Verbrauchs soviel bezahlen, wie der, der weniger verbraucht hat. Da hier offensichtlich in abnormen Fällen Ungerechtigkeiten bei sozial schlecht gestellten vorliegen können, werde das Werk übrigens entgegenkommen zeigen. Eine generelle Herabsetzung der Mindestgebühren würde jedoch zu große Einbußen für die Stadt mit sich bringen. Die Erhöhung der Rabattsätze und die Einführung des Heizgastarifes (10 Pf. pro Kubikmeter), sei ein großer Vorzug des Vorschlags. Das Gas könne nun die Konkurrenz mit anderen Heizstoffen aufnehmen. Ähnlich wie bei Gas ist der neue Grundgebührentarif beim elektr. Strom für die Haushaltungen aufgebaut. In die Haushaltung sind auch zwei Gewerkeräume, die mit der Haushaltung, was vielfach beim Kleingewerbe der Fall ist, verbunden sind, einbezogen. Auch hier wird der bisherige Verbrauch als Grundlage genommen (25mal soviel Reichspfennige als Kilowattstunden 1926/27 monatsdurchschnittlich abgenommen worden sind, Mindestpreisgebühr 1,20 M., Höchstpreisgebühr 10 M.). Der bisherige Strompreis von 40 Pf. wird beibehalten, bei einem Mehr über den bisherigen Verbrauch zahlt der Betreffende nur den Verbrauchstarif von 15 Pf. pro Kilowattstunde. In Berlin hatte eine solche Regelung zu sehr starker Zunahme des Verbrauchs von Gas und Strom geführt. Der Tarif tritt gleichfalls nur wahlweise neben den bisherigen Einheitsstarif. Was das Gewerbe anbelangt, so ist beim allgemeinen Tarif der Kraftstrompreis von 22 Pf. auf 20 Pf. herabgesetzt worden. Tritt der Gewerbetreibende zum Grundgebührentarif über, so werden die Anschlußwerte der Anlage, d. h. die Reinnutzung ihres Zählers zugrundegelegt, nicht ihr bisheriger Verbrauch. Der neue Tarif verlangt zwar eine hohe Grundgebühr, bringt dafür aber eine niedrige Verbrauchsgebühr. Von einem bestimmten Verbrauch ab wird er ganz erheblich billiger als der alte. Die Stadt sei bereit, auch einen Schaufenstertarif für 6 Pf. zu bewilligen, die Ladenbesitzer würden jedoch den Grundgebührentarif anwenden, weil sie dadurch billiger fahren würden. Bei großem Gas- und Stromverbrauch bestehen übrigens besondere Rabattsätze bereits im Einheitsstarif.

Der Obmann des Stadtverordnetenverbandes, Rothweiler, wies darauf hin, daß eine allgemeine Verbilligung den einzelnen nur geringe Vorteile gebracht, der Stadt aber sehr erhebliche Mindereinnahmen verursacht hätte. Die Stadtverwaltung werde auch bei der Bezahlungsweise der Installationen von Neueinrichtungen entgegenkommen. Tritt ein starker Mehrkonsum tatsächlich ein, dann kann die Stadtverwaltung schließlich an einen noch günstigeren Tarif für die Konsumenten denken.

In der nun einsetzenden sehr ausführlichen Debatte wurden Anträge auf Zurückziehung der Vorlage gestellt, um Klarheit über verschiedene vorhandene Bedenken zu schaffen, da die Vorlage auch Härten bringe. Das Zentrum beantragte Herabsetzung der Grundgebühr und nicht das letzte, sondern die letzten zwei Jahre für deren Festlegung heranzuziehen. Die Sozialdemokraten stimmten der Vorlage zu, ebenso die Demokraten. Der Oberbürgermeister stellte einen starken Einnahmefall in Aussicht, falls die Zentrumsanträge angenommen würden. Das erkannte auch der volksparteiliche Redner an.

Der Magistrat, der sich zu einer Beratung zurückzog, erklärte, einem abgeänderten Zentrumsantrag zuzustimmen, daß im Tarif für die Mängelmessung der Preis für das Gas für die in einem Wirtschaftsjahr abgenommenen ersten 300 (statt 300) Kubikmeter 21 Pf. beträgt und daß die Sonderbestimmungen für Kraft- und Heizstrom auch für Schaufensterbeleuchtung gelten, wenn die Ladenbesitzer sich dazu besondere Zähler einbauen lassen.

Weitergehende Anträge, die einen Anstieg von über 100 000 M. ergeben würden, wurden zurückgezogen. Die Anträge sollen aber als Richtlinien für die künftige Tarifpolitik gelten.

Die abgeänderte Vorlage wurde darauf gegen Kommunisten und Aufwertungsparter angenommen.

Die Rücknahme eines Teils des Budgets Ruppurr wurde genehmigt, ebenso wurde der Bau von 10 Straßen beschlossen.

Eine Geschichte der Stadt Rheinfelden. Anlässlich der Jahresversammlung der Friedrich-Badischen Vereinigung für Heimat- und Heimatpflege in Badisch-Rheinfelden konnte Bürgermeister Vogel die Mitteilung machen, daß eine Geschichte der Stadt Bad.-Rheinfelden im Entstehen begriffen ist.

## Verschiedenes

### Aljedin Weltstadmeister

Buenos Aires, 30. Nov. (Tel.) Aljedin hat den Kampf gegen Casablanca um die Weltmeisterschaft gewonnen.

**Aus der Landeshauptstadt**

Wegen Unterschlagungen in Höhe von rund 18 000 M beim Ländlichen Kreditverein Langenleinsbach wurde der dort als Bediener ehrenamtlich tätig gewesene 37 Jahre alte verheiratete Gewerbeschullehrer Richard Stoder vom Schöffengericht Karlsruhe zu einem Jahre zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Stoder hatte die unterschlagenen Gelder zur Anschaffung von drei Motorrädern und zu Darlehen und Geschenken an Kellnerinnen, mit denen er Verhältnisse unterhielt, verwendet.

Vor dem Schwurgericht Karlsruhe stand am Dienstag die wegen gleichen Verbrechens bereits mit 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus bestrafte ledige Hilfsarbeiterin Emilie Kasper aus Forstheim-Brödingen, 46 Jahre alt, weil sie sich seit Ende 1922 bis anfangs Juni 1926 in einer Reihe von Fällen an Frauen und Mädchen erneut der gewerbsmäßigen Abtreibung schuldig machte. Eine Frau ist an den Folgen des verbotenen Eingriffes gestorben. Die Angeklagte war in vollem Umfang geständig. Das Urteil lautete auf 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. — In der Nachmittags Sitzung wurde das 25 Jahre alte ledige Dienstmädchen Emilie Wörner aus Scheuern, das wegen Mordstiftung angeklagt war, mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

IV. Sinfoniekonzert des bad. Landestheaterorchesters. Ein getreuer technischer Schwierigkeiten wegen muß die für das nächste Sinfoniekonzert angegebene Aufführung von Handels „Samson“ auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Dafür wird das Programm des ursprünglich erst an neunter Stelle vorgesehenen Konzertes auf Montag, den 5. Dezember vorgezogen. Solist des Abends ist somit Rudolf Hindemith, der jetzt bekanntlich am bad. Konservatorium als Lehrer tätige Cellist, der das Cellokonzert (op. 104) von Dvorak spielen wird. Diesem Werk voran geht der „Don Juan“ von Richard Strauss, die meisterliche orchesterliche Sinfonische Dichtung, nachfolgt Beethovens Eroica. Das unter der Leitung von Generalmusikdirektor Josef Krips stehende Konzert findet natürlich der Änderung zufolge nun auch nicht in der Festhalle, sondern im Landestheater statt (Beginn 8 Uhr).

Weiternachrichtendienst der Badischen Landesweiterwerke Karlsruhe. Die in den unteren Schichten des europäischen Hochdruckgebietes noch ziemlich in Ruhe befindlichen Kaltluftmassen begünstigten auch gestern die Erhaltung der Hochnebeldecke über der Ebene. Darüber hatte der Schwarzwald ab etwa 800 Meter Höhe heiteres Wetter. Es besteht vorübergehend keine Aussicht auf Änderung des gegenwärtigen antizyklonalen Witterungscharakters. Voraussage für 1. Dezember: Fortdauer des in der Ebene neblig-kühlen, und im Schwarzwald heiteren Wetters.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

W. Mannheim, 28. Nov. Hier fand eine Vollversammlung der Handwerkskammer statt, an der u. a. auch Oberregierungsrat Bucorius teilnahm. Nach dem Geschäftsbericht hat das Handwerk im laufenden Jahre wenigstens in den Städten genügend Aufträge gehabt, dennoch sei der wirtschaftliche Ertrag sehr gering gewesen. Man könne daher nicht aus dem Beschäftigungsgrad auf eine günstige wirtschaftliche Lage des Handwerks schließen. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der der Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes in der gegenwärtigen Fassung abgelehnt und Vorschläge zur Abänderung gemacht wurden.

W. Brödingen, 30. Nov. Am Dienstag nachmittag stieg auf der Landstraße Weingarten-Brödingen ein Motorradfahrer beim Überholen auf ein landwirtschaftliches Fuhrwerk und kam dadurch mit dem Rad zu Fall. Er trug eine leichte Gehirnerschütterung davon.

W. Zell a. S., 28. Nov. Auf dem Vorplatze des ehemals Badischen Geburtshauses — mitten in der Stadt an der Hauptstraße — steht ein Denkmal, dessen schlanker, mit dem Wappen der Stadt gezielter Stiel auf künstlerischem Kapital eine Blumenvase trägt. Statt letzterer soll die von Künstlerhand geschaffene Bronzestatue des Ritters von Duf mit Namen, Geburts- und Todesjahr hier aufgestellt werden. Die Enthüllung des Denkmals soll am Sonntag (29. Januar 1928) in Verbindung mit einer großen Völkervereinigung stattfinden.

Donauerschingen, 30. Nov. Als Ursache eines großen Fischsterbens in der Weigach hat die Gendarmerie Billingen festgestellt, daß im Weigach ein Arbeiter aus Unvorsichtigkeit ein Faß Leerdol ausgelassen ist, wodurch von Billingen bis nach Gutmabingen die Fischbestände vernichtet worden sind.

W. Neustadt (Amt Bühl), 28. Nov. Hier feierten Jozef Falter und seine Ehefrau Anna Maria in körperlicher und geistiger Frische im Kreise von 10 Kindern, 41 Enkeln und 15 Urenkeln das Fest der eisernen Hochzeit. Auf dem Rathause überbrachte Landrat Willmeier die Glückwünsche der badischen Regierung und zugleich in deren Auftrag ein Glückwunschsreiben nebst einem namhaften Geldgeschenk. Nach der kirchlichen Feier spielte die Musik vor dem Kirchenportal, und der Gesangsverein sang ein Lied, worauf Bürgermeister Schanzler die Glückwünsche der Gemeinde aussprach. Zum Schluß überreichte er im Namen der Gemeinde ein schönes Geldgeschenk nebst Urkunde.

W. Brödingen, 28. Nov. Der bisherige Leiter des hiesigen Finanzamtes seit dem Inflationsjahre 1923, Oberregierungsrat Fischer, hat die Stadt Brödingen verlassen, um sich nach Freiburg in den wohlverdienten Ruhestand zurückzuziehen, nachdem er seit nahezu 40 Jahren im Dienste des Staates tätig war. Nachdem er über ein Jahrzehnt im badischen Finanzministerium tätig war, beauftragte ihn seine angegriffene Gesundheit, einen leichteren Posten zu übernehmen. Er wurde Dienstvorstand beim Finanzamt St. Blasien, wo er 12 Jahre verblieb, leitete dann 11 Jahre das Finanzamt in Donauerschingen und wurde 1923 zum Leiter des hiesigen Finanzamtes ernannt.

**Geschäftliches**

Die Ziehung der Schwelger Schloßpark-Lotterie findet am 1. Dezember d. J. nachmittags im Notariat VI zu Mannheim statt. Für 1 M sind 5000 M zu gewinnen. — Lose à 1 M, 11 Stück 10 M sind, solange noch Vorrat, bei der Firma J. Stürmer, Mannheim und allen Lottergeschäften zu haben.

**Donnerstag**  
1. Dezember, 8 Uhr, großer Saal des Konzerthauses  
**Alexander Müller**  
Bad Kreuznach  
spricht auf vielseitiges Verlangen Karlsruher Bürger wieder in Karlsruhe, und zwar über das Thema:  
**Der vollkommen gesunde Mensch als Herr über das Schicksal**  
Welches sind die wirklichen Ursachen der Krankheiten? Wie heile ich mich auf natürlichem Wege?  
Der Redner vollendete kürzlich seine große Vortragreise, auf der er in 50 der größten Städte Deutschlands vor über 100 000 Menschen (im Oktober d. J. in Berlin 4 Vorträge bei dichtbesetzten Sälen mit ca. 12 000 Personen) unter stürmischem Beifall sprach.  
**Eintritt frei**  
für jedermann.  
Numerierte Karten werden schon vorher unentgeltlich ausgeben bei  
**Kurt Neufeldt**  
Waldstraße 29

Telephon 5599 **COLOSSEUM** Waldstr. 16  
Nur 3 Tage  
Gastspiel der Oberbayr. Bauernbühne  
Dir. Sandbichler und Hirtreiter  
**Die blaue Kerze!**  
Gesang — Schuhplattler — Zithersolis  
Anfang 8 Uhr  
G. 940

Der berühmte  
**Schaller Tee**  
in Originalpackungen  
wird Sie durch seine hohe Güte stets befriedigen.

**Wirt. Luftfahrt-Geldlotterie.**  
Ziehung 24. November 1927 in Stuttgart.  
Zu die für Baden genehmigten Lose fielen nachstehende Gewinne:  
**100 RM.** Nr. 38976.  
**50 RM.** Nr. 1714, 38282, 50939.  
**10 RM.** Nr. 7159, 7282, 7361, 11023, 11055, 11186, 11363, 11844, 14059, 14584, 14794, 26337, 26674, 38645, 38796, 38908, 50426.  
**5 RM.** Nr. 1038, 1161, 1364, 1560, 1561, 1665, 1696, 1837, 1976, 1988, 7380, 11299, 11963, 14768, 14840, 26370, 26411, 26445, 26556, 26819, 26945, 33036, 33276, 33337, 33685, 33774, 33780, 38455, 38821, 38823, 38935, 38990, 43178, 43296, 43467, 43614, 43969, 50313, 50820, 59525, 59532, 59590. G. 942  
**2 RM.** Nr. 33030. Ferner gewinnen sämtliche Losnummern mit nachstehenden dreistelligen Endzahlen **je 2 RM.** (sofern nicht schon mit höherem Treffer gezogen): 046, 090, 096, 132, 157, 221, 268, 273, 281, 307, 310, 324, 333, 348, 355, 389, 394, 396, 404, 409, 484, 524, 575, 596, 619, 664, 708, 794, 811, 813, 888, 893, 904, 922, 925, 940, 953, 977, 983, 984.

**Nehmt Musikunterricht**  
bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes  
Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 280

Der  
**Weihnachts-Verkauf**  
bietet eine gute Gelegenheit für eigenen Bedarf, sowie für Geschenke, Qualitätswaren zu staunend billigen Preisen zu erwerben.

**Herren-Stoffe**  
Halbwollene Buckskins für Knabenkleidung p. Mtr. Mk. 2.50 3.— 3.50 4.— 5.—  
Reinw. Anzugstoffe, gute Strapazier-Qualit. p. Mtr. Mk. 7.50 8.— 8.50 9.— 10.—  
Kammgarn- u. Cheviot-Anzugstoffe, deutsche u. ausl. Erz. Mk. 12.— 14.— 16.— 18.— 20.—  
Ulster- und Paletotstoffe, enorme Auswahl, von Mk. 5.— an pro Meter, bis zu den feinsten Qualitäten. Blaue Anzugstoffe in zirka 50 Qualitäten. Alle Stoffe für den Skisport. Schwarze Anzugstoffe in allen Bindungen und Preislagen für Tanz und Gesellschaft. Hosen und Westenstoffe

**Kleider-Stoffe**  
Schotten . . . . . Mk. —.85  
Ein gr. Post. Kleiderstoffe Mk. 1.— —.85  
Pulloverstoffe . . . . . Mk. 1.75 1.50 1.25  
Haukleiderstoffe . . . . . Mk. 1.25 1.—  
Kostümcheviot, farb., 130 cm Mk. 2.75  
Rips, 130 cm . . . . . Mk. 3.95  
Gabardine, schöne Farb., 130cm Mk. 4.50  
Creme, farb., 130 cm . . . . . Mk. 4.90  
Schatten, Rips, 130 cm Mk. 5.50 4.25  
Ein Posten feine und feinsten Kleiderstoffe ausserordentlich billig.

**Seiden-Stoffe**  
Kunstseide . . . . . Mk. 1.25 1.—  
Kunstseide, Jacquard, f. Tanzkl. Mk. 1.50  
Kunstseide, Jacquard, 100 cm, schwere Ware . . . . . Mk. 2.90  
Creme de chine, imit., 95/100 Mk. 3.80  
Creme de chine, reine Seide Mk. 4.90  
Creme de chine, bedruckt darunter die feinst. Qualität, Mk. 7.50  
Taffet, 85 cm, für Stilkleider Mk. 5.—  
Foulard, 85/95 cm . . . . . Mk. 5.— 3.—  
Creme Georgette, bedruckt . Mk. 7.50  
Rohseide bedruckt . . . . . Mk. 5.— 4.—  
Creme Satin, farb. . . . . Mk. 9.—  
Velours Jacquard, Brok., s. billig Mk. 15.—  
Ausnahme-Angebot:  
Veloutine, 96/80 cm, 25 Farb. Mk. 8.50  
Wachsamt, bedruckt . . . . . Mk. 2.90  
Velvet, Körper-Ware . . . . . Mk. 3.80  
Velpet, Körper-Ware . . . . . Mk. 6.50 5.50  
Cord. engl., Ia Qualität. . . . . Mk. 6.50

**Baumwollwaren**  
Hemdentuch . . . . . Mk. -.75 -.65 -.55  
Körperbinde . . . . . Mk. -.85 -.75 -.65  
Baumwollflanell . . . . . Mk. -.95 -.88 -.58  
Sportflanell . . . . . Mk. -.75 -.68  
Schürzenstoff . . . . . Mk. 1.25 -.95  
Maccobatist . . . . . Mk. -.85  
Zefir indanthren . . . . . Mk. -.95  
Haustuch 150cm Mk. 1.25 80cm Mk. -.75  
Damast . . . . . Mk. 1.75  
Bettkattun 130cm Mk. -.95 80cm Mk. -.55  
Halbleinen 160 m Mk. 2.25 80cm Mk. 1.—  
Betttücher und Bettuchbiber  
Schürzen-Satin, sehr billig . . . . . Mk. -.65  
Baumwollmusselin . . . . . von Mk. -.50 an  
Wollmusselin . . . . . von Mk. 1.50 an  
Tischtücher und Servietten  
Frottier- und Badewäsche, Bademäntel  
Hand- u. Gläsertücher am Stück u. abgep.  
Taschentücher, weiss und farbig  
Gardinen am Stück und abgepasst  
Tischdecken und Chaiselonguedecken  
Tee-Gedecke

**Mantel-Stoffe**  
Kinderflausch . . . . . 140 cm Mk. 3.50  
Ottoman . . . . . 140 cm Mk. 5.50  
Ottoman . . . . . 130 cm Mk. 7.—  
Velours uni . . . . . 130 cm Mk. 7.—  
Velours, gepresst . . . . . 130 cm Mk. 7.—  
Pelzstoffe, sehr billig

**Detektiv-Institut**  
u. Privat-  
Auskunft  
**Argus** Mannheim  
O. 6, 6  
Planken  
Telefon 33505  
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Freihändler  
**Ruhholzer**  
Forstamt St. Blasien:  
Mittwoch, 7. Dezember 1927,  
nachmittags 4 Uhr, 7000 Jm.  
Kadelstammholz, Fichten  
mit einzelnen Tannen. Los-  
berzeichnisse vom Forstamt.

W. 4  
Güterrechtsregister-  
Band II, Seite 91: Peter  
Erich, Steinhauer, und  
Luise geb. Heimbürger in  
Wettingen. Vertrag vom  
9. November 1927. Güter-  
trennung des W. 4.  
Wettingen, 23. Nov. 1927.  
Bad. Amtsgericht.



**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 1. Dez. 1927  
\* D 11 (Donnerstagmiete)  
Th.-Gem. 3. S.-Gr. 1. Hälfte

**Ein Traumspiel**  
von Strindberg  
Rust von Regnier  
In Szene gesetzt von  
Felix Baumbach

Inbras Tochter Mietens  
Inbras Stimme Schulze  
Offizier Dahlen  
Abokat v. d. Krenz  
Dichter Hiell  
Glasermeister Gemmede  
Vater des Prüter  
Mutter Offiziers Ermarth  
Pina Silber  
Türhüterin Frauendorfer  
Bettelankleber Müller  
Chorist Schneider  
Souffleur Schulz-Breden  
Christel Hegler  
Quarantänemeister Brand  
Eie Moebie  
Eith Miller  
Mutter der Edith Möberl  
Magister Prüter  
Winder Kiencher  
Koblenzträger Schulze  
Lordkanzler Graf  
Dekan der Theologie Höder  
Dekan d. Philosophie Müller  
Dekan der Medizin Brand  
Dekan d. Jurisprudenz  
Moebie  
Polizist Rehner  
Anfang 191/2 Ende 22  
I. Rang und I. Speerth  
5. 2/2.  
Fr. 2. Dez.: Schülervorstell.  
Die Braut von Messina.  
Sa. 3. Dez.: Zwölfstünd.